

LEER-ZEILE

**Suche nach Dünen**

Die Touristen-Zahl in Leer wird wohl nach Ausstrahlung des dritten Friesland-Krimis explodieren. In dem Film war zu sehen wie ein Darsteller mit dem Rad durch die Altstadt fährt, im nächsten Moment aber schon mit dem Drahtesel auf Norderney zu sehen ist. Die Urlauber werden enttäuscht sein, wenn sie in Leer keine Dünen finden können. **Edgar Behrendt**

**APOTHEKEN**

Sonnen-Apotheke, Hauptstraße 65 in Loga, Telefonnummer 04 91 / 7 10 01.

Mühlen-Apotheke, Breslauer Straße 1 in Völlenerfehn, Tel. 0 49 61 / 43 33.

**WILLKOMMEN ...**

... in Ostfriesland: Am 3. Februar um 13.02 Uhr erblickte **JELTE KLASS**



**FRITZ** im Klinikum Leer das Licht der Welt. Bei der Geburt war der Junge 53 Zentimeter groß und 3820 Gramm schwer. Die stolzen Eltern **LUCA FRITZ** und **MARCO HABBen** wohnen in der Samtgemeinde Hesel.

→ Möchten Sie auch, dass ein Foto Ihres Kindes veröffentlicht wird? Dann mailen Sie uns ein Foto an [red-leer@ostfriesen-zeitung.de](mailto:red-leer@ostfriesen-zeitung.de). Dazu benötigen wir Geburtsdaten mit Uhrzeit, Geburtsgewicht und Größe Ihres Kindes, dazu den Wohnort der Eltern.

**DER DIREKTE DRAHT**

Die Redaktion Leer der Ostfriesen-Zeitung erreichen Sie unter  
Telefon 0491-9790184 bis -189  
Fax: 0491-9790201  
E-Mail: [red-leer@oz-online.de](mailto:red-leer@oz-online.de)

**Heute in unserer digitalen Ausgabe**

- Video: Kleinkunstpreis-Finalisten stehen fest**
- Video: Interview mit Darsteller aus Friesland-Krimi**
- Video: Ostereiermarkt im Rathaus in Filsum**
- Bildergalerie: Vorträge zum Thema Windkraft in Leer**
- Bildergalerie: Tagung der Brandmeister**
- Bildergalerie: OHV Aurich traf auf Fredenbeck**

... sowie viele weitere Bildergalerien und Videos zu lokalen und nationalen Themen.  
Lesen Sie die digitale Ausgabe der OZ täglich ab 1 Uhr morgens auf dem Tablet oder am PC – monatlich schon ab 3,90 €. Jetzt kostenlos 14 Tage testen unter: [www.oz-online.de/abo](http://www.oz-online.de/abo)

# Applaus für Redner – Pfiffe für Kreisrätin

**DISKUSSION** Rund 450 Interessierte kamen zu Vortragsabend der CDU zum Thema Windkraft

Dr. Thomas Stiller benannte gesundheitliche Gefahren, die vom Infraschall ausgingen. Leider würden sie verharmlost.

VON EDGAR BEHRENDT

**LEER** - Schon bevor die ersten Worte zum Thema des Abends gefallen waren, wurde die Stimmungslage deutlich: Während die drei Referenten der CDU-Veranstaltung „Windkraft und Gesundheit“ im Theater an der Blinke in Leer mit freundlichem Applaus begrüßt wurden, gab es für die erste Kreisrätin Jenny Daun, die als Gast im Publikum Platz genommen hatte, Pfiffe. Die Kreisverwaltung steht in der Kritik, weil sie aus Sicht vieler Bürger mit zu geringen Abständen zwischen Windenergieanlagen und Wohnbebauung für das Regionale Raumordnungsprogramm plant. 450 Besucher waren gekommen – und bekamen von Dr. Thomas Stiller (AEFIS – Ärzte für Immissionsschutz) sowie Matthias Elsner und Prof. Lothar Meyer (beide Verein Vernunftkraft) Argumente geliefert, warum man das Thema Windkraft nach ihrer Überzeugung kritisch sehen sollte.

Er sei kein Windkraftgegner, sondern sehe es „als seine Pflicht an, über Risiken zu informieren“, sagte Hauptredner Dr. Thomas Stiller. Diese würden leider verharmlost. Der politische Wille orientiere sich an Maschinen und nicht am Menschen, kritisierte der Landarzt aus Göttingen.

Die für Windkraftanlagen geltende „TA Lärm“, in der Immissionswerte geregelt sind, sei veraltet. Sie messe „um den tieffrequenten Schall herum“, sagte Stiller. Es gebe Menschen, die genau dafür empfindlich seien und zum Opfer dieses Dilemmas würden. Verschiedene Funktionen des Gehörs würden einfach ignoriert. Obwohl die Defizite beim Thema Infraschall bekannt seien, werde in Sachen Windkraft „geplant wie verrückt“. Als Motor dahinter sehe er das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG).

Auch ein 1000-Meter-Abstand zu den Anlagen führe nicht dazu, dass man den Schall nicht spüre, sagte Stiller. Um das auf diese Entfernung zu verhindern, „müsste die Hauswand 4,30 Meter dick sein“. Infraschall wirke auch auf den Körper, ohne dass er wahrgenommen werde. Das sei vergleichbar mit Radioaktivität, Kohlenmono-



Dr. Thomas Stiller schilderte Risiken, die die Windenergie nach seiner Überzeugung birgt.

BILDER: BEHRENDT

**CDU-Statements**

**Dieter Baumann**, Fraktionschef der CDU im Kreistag, und der designierte Landratskandidat Dr. Dirk Luerßen plädierten für eine Abstandsregelung von pauschal 1000 Meter.

**Es sei „dummes Zeug“**, wenn behauptet werde, die CDU sei für 1000 Meter, weil Wahlen bevorstünden, sagte Baumann.

**Der Kreisverwaltung** warf Baumann vor, den Kreistag „missachtet zu haben“. Der CDU-Vorstoß, sie bei den Abständen zu einem Umdenken zu bewegen, sei abgelehnt worden. „Das geht nicht“, habe es geheißen. Als dann aber die Grünen einen größeren Abstand gefordert hätten, sei das plötzlich sehr wohl gegangen. Baumann sprach von einem „unwürdigen Spiel“.



450 Besucher waren im Theater an der Blinke.

oxid und UV-Strahlen, so der Arzt. Er sieht Infraschall als Gesundheitsrisiko. Führen könne beispielsweise zu Kopfschmerzen, Schwindel, Herzrhythmus- oder Schlafstörungen. In der Pflicht sieht Stiller die Politik: „Die Technik darf den Menschen nicht überrollen“, sagte der Redner. Er hält ein Moratorium, den vorläufigen Stop des weiteren Ausbaus von Windenergieanlagen, für sinnvoll.

Genau das hatte zuvor auch Matthias Elsner gefordert. Der Vorsitzende von Vernunftkraft, eines Bündnisses von rund 600 Bürgerinitiativen, nannte als Grund dafür auch das Fehlen der Speichermöglichkeiten. Zudem seien die Netze noch nicht ausgebaut. Das sei „ein gigantisches Problem“. „Wir hängen uns von einem Murks zum nächsten“, sagte er. In Deutschland, so sein

Eindruck, gebe es „nicht eine Energiewende, sondern 16“. „1000 Meter Abstand wäre die unterste Grenze, mit der ich überhaupt leben könnte“, befand Prof. Lothar Meyer. Er lobte „die Bayern, die viel aufmerksamer sind“. Sie hätten als Minimalabstand die zehnfache Höhe einer Windkraftanlage vorgeschrieben. Die Natur biete viele effektive Energiequellen wie Kohle und Gas, die weiter benötigt

würden. Auch, was Atomenergie betreffe, solle man sich „nicht vor Angst in die Hose machen“. Meyer rechnete vor, was die „Illusion“ koste, auf alternative Energie zu setzen: Die zusätzliche Belastung der Strompreise durch Steuern und Abgaben liege bei etwa 40 Milliarden Euro im Jahr. Das seien Kosten, die Firmen auf Produkte aufschlugen und Verbraucher zu zahlen hätten.

**KELLNER FOLGT AUF BEYKIRCH**



Gernot Beykirch (links), Vorsitzender der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Ostfriesland, hat seinen Posten jetzt bei der Jahreshauptversammlung aus gesundheitlichen Gründen abgegeben. Leers Ex-Bürgermeister Wolfgang Kellner (rechts) wurde einstimmig zu seinem Nachfolger gewählt. Er würdigte Beykirchs starkes Engagement für den christlich-jüdischen Dialog. Beykirch war neun Jahre lang Vorsitzender.

LESERBILD

## Steuerungsgruppe für Flüchtlinge

**POLITIK** Antrag der Grünen in der Stadt Leer angenommen

Dem Gremium sollen neben Verwaltung und Politik auch Vertreter der Kirchen und des Bauvereins angehören.

**LEER / EDB** - Der Verwaltungsausschuss der Stadt Leer hat einem Antrag der Grünen auf Bildung einer Steuerungsgruppe für Flüchtlinge zugestimmt. Die Verwaltung arbeitet nun zunächst an einem Vorschlag, wie die Gruppe besetzt werden soll.

„Es gibt keine verlässlichen Zusagen, wie viele Flüchtlinge kommen und wann sie kommen. Der Wohnraum ist knapp, es müssen gemeinsame Lösungsansätze gesucht werden“, heißt es in dem Antrag der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der Grünen, Engeline Kramer. Sie betont, „dass in der jetzigen Situation eine konstruktive Zusammenarbeit gefordert ist“. Ihrer Meinung nach sollten in der Steuerungsgruppe neben Vertretern aus Politik und Verwaltung auch die Kirchen,

der Präventionsrat und der Bauverein berücksichtigt werden. Es müsse umgehend ein ganzheitliches Konzept „Wohnraum und Integration“ geschaffen werden, fordert Kramer. Ihrer Meinung nach sollten die Optionen zur Unterbringung oder für Bauvorhaben für Flüchtlingswohnungen Grundstücke für kleinere Wohneinheiten an. Private Grund- und Wohnungseigentümer sollten aufgerufen werden, sich mit Angeboten bei der Verwaltung zu melden.